

Mit Barbara Chandler, Mikrofon, guten Abend. Das sind unsere Themen heute. Die Grenzeröffnung für die Dringenden hofften Hilfen für die Menschen im Gasastreifen aus Ägypten lässt weiter auf sich warten. Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz hat heute vor Gericht erstmals zu den Falschaussagevorwürfen gegen ihn Stellung genommen. Auch bei der dritten Runde der Metallerkollektivvertragsverhandlungen gibt es Uneinigkeit, sie wurden abgebrochen. Jetzt gibt es am Montag Betriebsversammlungen. Und ein heftiger Föhnsturm zieht über Österreich. In Tirol ist ein Mann von einem umstürzenden Baum getötet worden. Wie es mit dem Sturm weitergeht, das weiß Vera Gruber. Sie hat die Wetterausgichten für sie. Vorerst ist es noch stürmisch. Auf den Bergen gibt es Orkanböen. Im Lauf der Nacht lässt der Wind dann aber überall nach. Dabei bleibt es sehr mild. Sehr mild ist es auch morgen mit 15 bis 25 Grad. Bis zu 25 Grad gibt es vom Weinviertel bis in die Südsteiermark und hier wird auch noch lebhafter Südwind. Nach Norden und Osten hinscheint dabei verbreitet die Sonne. Von Voradelberg bis Kärnten ziehen hingegen Regenschauer durch. Am Sonntag gibt es vor allem im Süden noch Schauer, sonst setzt sich tagsüber die Sonne durch. Der Wind dreht auf West und frischt im östlichen Flachland lebhaft auf. Damit wird es eine Spur kühler als am Samstag. Die Mehrheit der über 200 in den Gasastreifen verschleppten Geiseln sei noch am Leben. Das sagt die israelische Armee heute und gibt weitere Details zur bevorstehenden Bodenoffensive gegen die radikalislamische Hamas bekannt. Die erhoffte erste Lieferung von Hilfskütern aus Ägypten in den Gasastreifen verzögert sich unterdessen weiter, was UN-Generalsekretär Antonio Guterres vor Ort kritisiert. David Kriegel, jeder mit den Anzleiten. Der Hilfskonvoi steht bereit, die Straße zum Grenzübergang Rafach wurde repariert. Trotzdem kommen weiterhin keine humanitären Güter aus Ägypten in den Gasastreifen. Diese Lkw müssen sich schnell in Bewegung setzen, eine Feuerpause würde das erleichtern. Manduen-Generalsekretär Antonio Guterres, der in den Nord-Sinai gereist ist. Bei den komplizierten Verhandlungen rund um die Abwicklung des Konvois spießt es sich offenbar noch. Ägypten macht Israel dafür verantwortlich. Damit müssen auch die vielen Doppelstaatsbürger im Gasastreifen, darunter rund drei Dutzend Palästinenser mit österreichischem Pass, weiter auf die Ausreise warten. Innen geht es gut. Man muss das natürlich unter den Umständen, die momentan im Gasastreifen herrschen, immer mit einer gewissen Prise an Vorsicht nehmen. Aber diese Verknüpfung mit Hilfslieferungen hinein, Menschen hinaus ist natürlich für die Personen an sich ein Traum. Sagt Christoph Sternhardt, Leiter der österreichischen Vertretung für die Palästinenser Gebiete. Das israelische Militär hat heute neue Details zu den rund 200 Geiseln bekannt gegeben, die von der radikalislamischen Chamas in den Gasastreifen verschleppt wurden. Unter ihnen sollen mehr als 20 Minderjährige und bis zu 20 über 60 jährige Menschen sein. Man gehe davon aus, dass die Mehrheit der Geiseln noch am Leben ist, heißt es. Der israelische Verteidigungsminister Joav Galant verkündet zu den weitere Einzelheiten zur angekündigten Bodenoffensive. Man befinde sich derzeit in Phase 1, an deren Ende die Neutralisierung der Terroristen und ihrer Infrastruktur in Gaza stehe. In der zweiten Phase soll es nur noch Kämpfe mit geringer Intensität geben, um letzte Terrornester zu beseitigen. Phase 3 sei dann die Schaffung einer neuen Sicherheitsrealität, damit sich Israel wieder aus dem Gasastreifen zurückziehen

könne. Wer das Gebiet dann nach dem Ende der Chamas regieren soll, sagt Verteidigungsminister Galant nicht. US-Präsident Joe Biden hat die Spitzen der Europäischen Union zu einem EU-USA-Gipfel im Weißenhaus empfangen. Auf der Agenda für das Treffen mit EU-Kommissionspräsidenten Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident Charles Michel stehen viele Themen. Von Handelskonflikten über den Umgang mit künstlicher Intelligenz bis hin zu Infrastruktur. Aber hauptsächlich wird es um Kriege gehen, berichtet aus Washington, in Kapi. Die Gewalt im Nahen Osten und Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine werden im Zentrum des heutigen Gipfels stehen, sagt EU-Kommissionspräsident Ursula von der Leyen hier in Washington. Die EU und die USA müssen es ganz eng zusammenarbeiten. Israel und die Ukraine umfassen unterstützen, weil es große Gefahren für die globale Stabilität gibt, führt von der Leyen aus. Vladimir Putin will die Ukraine von der Weltkarte ausradieren und die Hamas, unterstützt vom Iran, will Israel von der Weltkarte ausradieren. Wir müssen Demokratien jetzt schützen, weil wenn wir das nicht tun, dann breitet sich der Horror aus. Auch US-Präsident Joe Biden betont die Wichtigkeit von Allianzen für die USA. Aber auch wenn alle seitens der engen Partnerschaft herausstreichen, handelskonflikte trüben die Beziehung zwischen der EU und den USA. Da geht es einerseits um den Streit rund um US-Zöllner, Stahl und Aluminium aus Europa, andererseits kritisieren die Europäer auch die milliardenschweren US-Subventionen im Bereich der erneuerbaren Energien, von denen nur Firmen, die in den USA produzieren, profitieren. Durchbrüchen, all diesen Fragen erwartet man heute in Washington nicht, aber Annäherung und eventuell einen Fahrplan waren nachhaltige Lösungen, etwa ein Abkommen für Stahl und Aluminium ausverhandelt sein könnten. Berichtet in KP. Wegen der Eskalation des Naostkonfliktes kommt es auch in Deutschland zu teils heftigen Auseinandersetzungen, vor allem bei pro-palastinensischen Demonstrationen herrscht eine aufgeheizte Stimmung. Seit dem Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel wurden in Deutschland mehr als 1.000 Straftaten verübt, mehr von Andrea Scioli. Die Situation ist angespannt, aber genau im Blick, sagte deutsche Innenministerin, jüdische und israelische Einrichtungen werden noch stärker bewacht und nennt sie Faser verurteilte Gewalt bei Demonstrationen und den versuchten Anschlag in Berlin. Der Angriff mit Brandsätzen auf die Synagoge in Berlin ist eine abscheuliche Tat gewesen, die gezeigt hat, wie wichtig die verstärkten Schutzmaßnahmen sind. In Deutschland gelte das Recht auf freie Meinungsäußerung und Demonstrationen, aber nicht uneingeschränkt. Es gibt eine eindeutige rote Linie, keinerlei Toleranz für antisemitische und israelfeindliche Hetze und keinerlei Toleranz für Gewalt, sagte deutsche Innenministerin. Bundesweit wurden seit den Terrorangriffen der Hamas auf Israel über 1.100 Straftaten in diesem Kontext registriert. Allein in Berlin seien mehr als 100 Polizeikräfte verletzt worden durch Gewalt, Flaschenwürfe und Bürotechnik. Hunderte Personen wurden vorläufig festgenommen. Derzeit gebe es keine Hinweise auf eine konkrete Gefährdung von israelischen Einrichtungen in Deutschland, sagt Jürgen Peter, Vizepräsident des Bundeskriminalamts.

Wir haben derzeit keinen Hinweis auf einen konkret bevorstehenden Anschlag. Aber sollte sich der Konflikt z.B. durch die israelische Bodenoffensive weiter verschärfen, ist mit einem weiterhöhten Emotionalisierungs- und Mobilisierungsgeschehen in Deutschland zu rechnen. Die Lage sei sehr dynamisch und berge eine hohe Gefährdungsrelevanz.

Wir kommen jetzt ins Inland. Am Landesgericht Wien ist heute der Prozess gegen Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz und seinen Ex-Kabinettschef Bernhard Bonelli fortgesetzt worden. Die Wirtschaft und Korruptionsstaatsanwaltschaft wirft Kurz und Bonelli falsche Zeugenaussage im Ibiza Untersuchungsausschuss vor. Der zweite Prozesstag ist ganz im Zeichen der Befragung von Kurz gestanden. Petra Pichler fasst zusammen. Heute ist der Tag an dem ich an der Reihe bin, sagt Ex-Kanzler

Sebastian Kurz vor Verhandlungsbeginn. Ich werde heute die Möglichkeit haben, dem Richter meine Sicht der Dinge darzulegen. Nicht schuldig, sagt Kurz, dann vor Richter Michael Radastich und schildert danach ausführlich seine Eindrücke seiner Ur-Schuss-Befragung. Die Stimmung sei aggressiv gewesen, die Opposition habe das Ziel gehabt, ihn zu zerstören. Die Abgeordneten hätten ihm strafrechtlich Relevantes unterstellt und er habe Angst vor strafrechtlichen Folgen gehabt, sagt Kurz etwa. Er betont diese Befürchtung auch während der Befragung. Durch den Richter

immer wieder Radastich fragt er zu nach, nämlich ob Kurz falsch ausgesagt habe, um sich vor strafrechtlichen Folgen zu schützen, sprich ob ein Aussagen Notstand vorgelegen ist, denn das würde einen Freispruch für Kurz bedeuten. Doch das will Kurz so nicht sagen, er beharrt darauf, dass er nicht falsch ausgesagt hat. Mit Tonausschnitten aus dem Ur-Schuss und Jets auf der Vidi-Wall geht der Richter dann die Vorwürfe der WKSDA durch. Kurz antwortet sehr ausführlich etwa zu seinem Chat mit Thomas Schmidt zu den Öberg-Aufsichtsräten. Da schrieb Kurz, kriegst ihr alles, was du willst. Kurz schildert, dass das völlig anders gemeint gewesen sei. Schmidt habe zusätzlich zum Öberg-Chef, auch Aufsichtsratschef bei OMV und verbunden werden wollen.

Das

hätten sowohl er als auch Finanzminister Löger abgelehnt, sagt Kurz und er habe Schmidt mit der Nachricht signalisieren wollen, sei froh, dass du Öberg-Chef wirst, aber kriegt den Hals endlich voll. Viel Betroffenheit in Österreichs Politiklandschaft hat heute die Nachricht vom Tod von Christian Pilnacek ausgelöst. Pilnacek war Sektionschef im Justizministerium und galt lange als der mächtigste Beamte Österreichs. Die Umstände seines Todes sind noch nicht restlos geklärt, Bertha Tomasowicz berichtet. Soweit bisher bekannt ist Christian Pilnacek in der Nacht auf der S5 als Geisterfahrer unterwegs gewesen und wurde von der Polizei gestoppt. Er war stark

alkoholisiert, die Beamten haben ihm den Führerschein abgenommen, sagt der Sprecher der Polizei Niederösterreich Johann Baumschlager. Das Fahrzeug wurde abgestellt und der Genate wurde dann eben von

einer Person von dort abgeholt. Später sei er in Niederösterreich tot aufgefunden worden.

Vor allem seine Auseinandersetzungen mit der WKSDA rückten den Ex-Sektionschef in Zlicht der Öffentlichkeit. Legendär seine Aufforderung, die Eurofeite-Ermittlungen einzustellen mit den Worten der Schlozkas. In einem Interview zu dem Vorfall im Ö1-Morgensjournal klang Pilnacek

versöhnlicher. Ich glaube, dass wir kein Interesse haben, die Sache zu eskalieren.

2021 wurde er suspendiert, weil eine Hausdurchsuchung verraten haben soll. Geschadet hat ihm

auch seine

Jet-Nachricht, wer vorbereitet, gernot, geschrieben an den damaligen Kabinettschef im Finanzministerium

zwei Tage vor der Einvernahme von Ex-Finanzminister Gernot Blümel bei der WKSDA.

Pilnacek galt jahrelang als der Strafrechtsexperte Österreichs und das wurde heute auch von der Politik gewürdigt. Justizministerin Alma Sardinic zeigte sich in einer Stellungnahme erschüttert und nannte in einen äußerst versierten Juristen. Bundeskanzler Karl Nehammer twitterte, er habe Pilnacek als herausragenden Juristen kennen und Schätzen gelernt. FPÖ-Justiz-Sprecher Harald Stephan nannte in einen hervorragenden Juristen, SPÖ-Justiz-Sprecherin Selma Yildirim nannte in einen der besten Strafrechtsexperten des Landes. Die dritte Runde bei den Lohnverhandlungen für die mehr als 130.000 Beschäftigten in der metalltechnischen Industrie ist heute erneut ergebnislos abgebrochen worden. Jetzt sind Betriebsversammlungen geplant, berichtet Maria Kern. Es war ein turbulenter Verhandlungstag. Anfangs gaben die Arbeitgeber bekannt, dass sie anonym mit Drohungen erhalten hätten. Die Verhandlungen wurden daher kurz unterbrochen. Doch nicht einmal

zwei Stunden später wurden die Gespräche endgültig abgebrochen. Arbeitgebervertreter Christian Knil sieht die Verantwortung dafür bei der Gewerkschaft. Die heutige dritte Verhandlungsrunde wurde einseitig abgebrochen. Die Gewerkschaften sind aufgestanden und haben den Verhandlungstisch

verlassen. Unser Angebot liegt am Tisch und leider hat sich die Gewerkschaft nicht bewegt.

Gewerkschafts-Chefverhandler Reinhold Binder gab hingegen den Arbeitgebern die Schuld am Scheitern

der Gespräche. Die Arbeitgeber sind gefordert, den Angebot zu legen. Sie haben das Angebot nicht aufgebessert. Die Arbeitgeber bieten nach wie vor ein Lohn- und Gehaltsbluss von 2,5 Prozent, sowie eine Einmalzahlung von 1.050 Euro. Die Gewerkschaft pocht aber weiterhin auf 11,6 Prozent. In den kommenden zwei Wochen wird es nun Betriebsversammlungen in der metalltechnischen Industrie geben. Am 2. November soll weiterverhandelt werden, Knil. Wir hoffen nach wie vor, dass wir

einen Abschluss finden. Kommt es am 2. November hingegen zu keiner Einigung, dann plant die Gewerkschaft Warnstreiks Gewerkschafter Karl Dördscher. Schlussendlich ist am Ende des Tages, wenn die Verhandlungen keinen Erfolg mehr bringen, das streikt die einzige Maßnahme, die die Beschäftigten haben, damit sie hier den Druck erhöhen können. Verhärtete Fronten also bei den Metallern. Der Föhnsturm tobt heute in vielen Teilen Österreichs, etwa in Vorarlberg, Salzburg oder auch Kärnten und hat für Schäden und auch Stromausfälle gesorgt. Besonders angespannt ist die Lage in Tirol. Dort hat der Sturm am Nachmittag ein Todesopfer gefordert. Aus Tirol berichtet Stefan Lindner. Auf einem Forstweg in Landelk verspernte ein umgestürzter Baum einem 86-jährigen Einheimischen den Weg, der Mann stieg aus seinem Auto aus, um Nachschau zu

halten. Gerade in dem Moment wurde er von einem weiteren umstürzenden Baum getroffen unter die tödliche Verletzungen. Im ganzen Land stürzten heute Bäume um, in Sistransdauer oder Mills wurde von abgedeckten Häusern berichtet und über 4.200 Gemeinden waren kurzzeitig ohne Strom. Aktuell sind es noch 580 Haushalte in Baumkärchen und im Archental. Bis zum Abend sollten sämtliche

Haushalte wieder mit Strom versorgt sein, heißt es bei der T-Netz. In Kölzes musste am Nachmittag

ein
deutscher Segelpfleger auf einem Feld notlanden, die Landung sei geglückt und die beiden Insassen blieben unverletzt, heißt es seitens der Polizei. Und Baccio Kofel wurde heute übrigens die größte Windgeschwindigkeit mit 197 kmh gemessen, der vierthöchste Wert in der Messgeschichte. Die Anzahl der arbeitslosen Menschen in Österreich steigt seit Monaten leicht an und das Arbeitsmarkt-
service hat zuletzt mehr Geld für Geflüchtete gefordert. Es gibt jetzt mehr Geld, allerdings liegt dieses Plus unter der Inflationsrate. Mehr von Paul Sihorch. Das Arbeitsmarkt-
service bekommt im kommenden Jahr 1,4 Milliarden Euro. Mit dem Geld soll Menschen aktiv bei der Jobsuche geholfen werden. Das sind 5,4 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Das Plus ist also niedriger als die Inflation. Wirtschaftsminister Martin Kocher, ÖVP. Es ist natürlich immer so, dass man gerne mehr Möglichkeiten hätte, aber wir haben insgesamt mehr Mittel als 2019, auch wenn man das Inflationsbereinigt. Auch beim AMS sei man froh über den Abschluss trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage, AMS-Vorständin Petra Traxler. Aber generell kann man sagen, dass sich die Wirtschaft im nächsten Jahr auch wiederholen wird und die vorherrschenden sagen uns, dass die Arbeitslosigkeit damit nicht massiv steigen wird. Schwerpunkt im kommenden Jahr wird es sein asylberechtigte, schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren, so dass AMS dafür stehen 75 Millionen Euro zweckgewidmet zur Verfügung. Das Bundesheer ist für eine seiner zentralen Aufgaben, die Abwehr von Cyberangriffen auf die Republik nur mäßig gerüstet. Das ist die Kernbotschaft eines heute veröffentlichten Prüfberichts des Rechnungshof. Es fehlten klare Konzepte, Übungen für einen Verteidigungsfall und vor allem ausreichend dafür ausgebildetes Personal. Stefan Kappacher berichtet. Um auf Angriffe gegen die digitale Infrastruktur der Republik vorbereitet zu sein, habe das Verteidigungsministerium geplant, bis zu acht ständig verfügbare Einsatzteams zu bilden. Zwei davon hätten Ende 2022 bereitstehen sollen, das war nicht der Fall. Es lagen nur Planungsunterlagen dazu vor, so der Rechnungshof. Von Seiten des Bundesheers wird bestätigt, dass es bis heute ein großes Personalproblem gibt. Um Spezialisten für die Cyberverteidigung anwerben zu können, gäbe es dienstrechtliche Hürden bei der Bezahlung. Die Prüfer bemängeln aber auch, dass es keine Kriterien dafür gebe, wann ein Cyberangriff vorliege, der das Eingreifen des Heeres rechtfertige. Konzepte dafür habe es zum Prüfzeitpunkt nicht gegeben und es seien auch noch keine Übungen zu einem Cyber-Defenz-Fall wegen Souveränitätsgefährdung durchgeführt worden. Das umstrittene Dolfus-Museum im niederösterreichischen Taxing-Tal wird nach und nach aufgelöst. Das sieht das heute präsentierte Konzept vor. Das Dolfus Museum ist in die Schlagzeilen geraten, weil das Taxing-Tal die Heimatgemeinde von Innenminister Karna ist, wo er vor seiner Berufung in die Bundesregierung auch Bürgermeister war. Verena Brouha berichtet. Schon vor seiner Angelobung zum Innenminister 2021 gerät Gerhard Karna von der ÖVP wegen des Dolfus-Museums unter Druck. Historiker vermissen ein objektives, kritisches Bild und sprechen von einer Huldigung des demokratiefeindlichen Ständestadtkanzlers Dolfus. Anfang 2022 schließt die Gemeinde Taxing-Tal das Museum dann und gibt eine Neukonzeption in Auftrag. Diese sieht jetzt seine Aufarbeitung vor. Schrittweise und von Experten betreut sollen rund 200 Museumsobjekte

entfernt bzw. andere Institutionen weitergegeben werden. Von einfachen Zusperrern des Museums könne keine Rede sein, sagt Kuratorin Johanna Zechner. Nein, das Museum wird nicht geschlossen. Das Museum wird selbst zum Objekt der Untersuchung und alle diese Schritte werden im Web dokumentiert.

Gleichzeitig wird es die Möglichkeit geben das Haus im Rahmen von Veranstaltungen besuchen zu können

und das in meiner Anwesenheit einer fachlichen Begleitung. Kanas Nachfolger als Bürgermeister in Taxing-Tal Günter Pfeiffer ÖVP stellt heute klar. Die Gemeinde Taxing-Tal stellt sich natürlich der Verantwortung mit der Person Engelberg-Dolfus entsprechend umzugehen. Wir stellen uns auch der Verantwortung, entsprechende Vermittlungsarbeit zu gestalten, mitzugestalten und mitzuhelfen. Wie es mit dem leeren Dolphus Haus nach 2028 dann weitergehen soll, steht noch nicht fest. Jedenfalls läuft der Pachtvertrag der Gemeinde mit der Familie Dolphus dann aus.

Ins Nachrichtenstudio jetzt. Martina Kovler bitte. Mit Spitzengeschwindigkeiten von bis zu 200 Stundenkilometern hat der Föhnsturm in Teilen West und Südöstereichs mindestens ein totes Opfer gefordert. Im Bezirk Landeck in Tirol wurde ein 86-jähriger von einem umstürzenden Baum erschlagen. Derzeit sind noch immer mehr als 500 Haushalte ohne Strom. In Salzburg sind der Pinzger, der Bongau und Lungau betroffen. Häuser wurden vom Sturm abgedeckt, Bäume entwurzelt,

200 Menschen sitzen seit dem Vormittag im Gasteiner Heilstollen fest. Sturmschäden werden auch aus Kärnten und Vorarlberg gemeldet. Wann der ägyptische Grenzübergang nach Gaser für Hilfslieferungen geöffnet wird, ist weiter unklar. Die Vereinten Nationen schätzen, dass die ersten Lkw mit Medikamenten und Wasser doch erst morgen aus Ägypten starten können. Unter den von der Hamas Verschleppten mehr als 200 Geiseln sollen auch mehrere Kinder und ältere Menschen sein, die meisten seien am Leben, so das israelische Militär heute, für mehr Informationen verhöre man derzeit festgenommenen Hamas-Terroristen.

In Frankreich hat es auch heute wieder zahlreiche Bombendrohungen gegeben. Mehrere Regionalflughäfen wurden sicherheitshalber geräumt. Auch Schloss Versailles bei Paris musste nach einer Drohung neuerlich geschlossen werden. Seit knapp einer Woche gilt in Frankreich

höchste Terrorwarnstufe. Bisher wurden 18 Verdächtige ausgeforscht. Der britisch-indische Autor Salman Rusti war heute Gast bei der Frankfurter Buchmesse. Das 76-jährige wird am Sonntag in Frankfurt mit dem Friedenspreis des deutschen Buchhandels ausgezeichnet.

Zum Wetter, der Wind lässt im Lauf der Nacht nach. Morgen gibt es dann im Westen und Süden einige Schauer, sonst ist es sonnig und dazu sehr mild. Am Sonntag dann eine Spur weniger warm und im Süden weiter wechselhaft, sonst zunehmend sonnig.

Danke, Martina Kofler, das war das Abendjournal Technik Sabine Heiner, Regie Christina Tönigke, Frankenberger, Mikrofon verabschiedet sich Barbara Chandl. Gleich im Anschluss folgt jetzt das Europasjournal mit Markus Müller.

Guten Abend. Wir besprechen heute, warum die EU sich so schwer dabei tut, eine gemeinsame Position zum Konflikt im Nahen Osten zu finden. Wir berichten, wie es jüdischen Familien aus der Ukraine geht, die vor einem Jahr nach Israel geflüchtet sind, also von einem Kriegsgebiet in ein anderes. Über die Sorge von Rumänien selbst zum Ziel russischer Angriffe zu werden und wir sind Polen nach dem Wahlsiegte Opposition vom letzten Wochenende politisch weitergehen kann. Seit dem Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel vor eineinhalb Wochen tun

sich die Europäische Union und die Mitgliedstaaten schwer, eine einheitliche Position zu finden. Es gibt Meinungsverschiedenheiten zwischen den Staaten und die Krise hat auch Kompetenzstreitigkeiten

zwischen den EU-Institutionen offengelegt. Die Gründe dafür und wie es weitergehen kann, möchte ich mit unserem EU-Korrespondenten Benedikt Feichtner besprechen, mit dem ich in Brüssel verbunden bin. Hallo Herr Feichtner.

Guten Tag nach Wien. Herr Feichtner, die Hamas ist eine Terrororganisation. Wenigstens bei dieser Frage sind sich alle Mitgliedstaaten und alle Akteure in der EU einig. Abgesehen davon hat die EU im Moment überhaupt eine einheitliche Position zu dem, was im Nahen Osten vor sich geht? Die EU-Staaten haben sich bereits vergangenen

Sonntag auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt, also noch vor ihrem virtuellen Gipfeltreffen am Dienstag. Das ist übrigens eher ungewöhnlich und zeigt, wie wichtig es den EU-Ländern war hier Stellung zu beziehen. Die Erklärung der EU-Länder beginnt dann damit, dass der Angriff der Hamas verurteilt wird. Dann folgt der Satz, es gibt keine Rechtfertigung für Terror. Gleich danach steht aber, ich zitiere, Israel hat das Recht, sich im Einklang mit dem Völkerrecht und dem humanitären Völkerrecht gegen solche Gewalttätigen und willkürlichen Angriffe zu verteidigen. Und dann wird gleich im Anschluss noch einmal betont, dass es wichtig ist, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht den Schutz von Zivilisten sicherzustellen. Diesen Aspekt betonen die EU-Länder also ganz dezidiert. Es wird dann auch noch betont, dass eine regionale Eskalation unbedingt verhindert werden müsse und dass man sich um einen dauerhaften Frieden bemühen möchte. Das ist die offizielle Position der 27 EU-Länder, wobei es dann in den einzelnen Mitgliedsländern durchaus unterschiedlicher ich nenne es mal Schwerpunktsetzungen von fast bedingungsloser Israel-Unterstützung bis zu sehr viel Verständnis für die Sache der Palästinenser gibt.

Gehen wir mal die Positionen der unterschiedlichen Länder durch. Es gibt Länder wie Deutschland und Österreich, die sich aus historischen Gründen sehr stark mit Israel solidarisch fühlen. Wer da auch noch sehr stark dabei ist, sind Länder wie Tschechien und Ungarn. Was sind denn die Argumente dieser Länder, wie so sie sagen, die EU sollte sich auf die Seite Israel stellen? Für Deutschland hat das Angela Merkel im Jahr 2008, glaube ich, ganz gut auf den Punkt gebracht. Sie hat davon gesprochen, dass die historische Verantwortung Deutschlands Teil der deutschen Staatsresort ist und dass die Sicherheit Israel nicht verhandelbar ist. Das ist jetzt in den vergangenen Tagen vielfach so interpretiert worden, dass wenn Israel sagt, es ist notwendig, die Hamas zu vernichten, um die eigene Sicherheit zu gewährleisten, dann müsse das auch von Deutschland politisch, ohne wenn und aber unterstützt werden. In Österreich ist das ähnlich, auch wir haben eine historische Verantwortung. Ich habe das persönlich für ein wichtiges Signal gehalten, zum Beispiel, dass alle fünf Parlamentsparteien den Hamas Angriff verurteilt haben. In Österreich kommt vielleicht noch hinzu, dass vor allem die Kanzlerpartei ÖVP seit Sebastian Kurz sehr gute Beziehungen zum israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu pflegt. Man ist politisch in vielen Dingen einer Meinung. Das ist übrigens auch ein Grund, warum ein Land wie Ungarn als einer der wichtigsten Verbündeten von Israel gilt. Das dürfte auch der

Grund sein, warum Orban von Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer beim virtuellen EU-Gipfel vertreten worden ist. Orban war nämlich gerade in Peking und hat dort dem Kriegsverbrecher Putin die Hand geschüttelt. Dann gibt es Staaten, die eher bedrohen, dass man sich die Situation der

palizinenzischen Bevölkerung anschauen soll. Ganz vorne dabei sind da traditionell Irland und diesmal

auch Spanien. Was sind denn die Argumente dieser Seite? Eines vorweg alle, wirklich alle EU-Staaten

verurteilen diesen abscheulichen Terroranschlag, der Hamas, diese Massentöterei, dieses Abschlachten.

Und man kann das auch nicht mit dem Versuch von Israel sich durch Angriffe auf Stellungen der Hamas zu verteidigen gleichsetzen. Das betonen alle. Aber es gibt viele EU-Länder, sie haben schon zwei angesprochen, die die israelische Politik seit Jahren lautstark kritisieren und die jetzt besonders darauf achten, dass der Gegenschlag in Einklang mit dem Völkerrecht erfolgt und die

sich stark für die Zivilbevölkerung in Gase einsetzen. Ja, zu diesen Ländern gehören zum Beispiel Irland und das liegt natürlich an ihrer Geschichte mit der IAA, also der irischen Freiheitsbedarf.